

Kommentar
München, 12.7.2011

Staat und Religion:
Uns droht der Papst mit „Wort zum Sonntag“
von Georg Korfmacher, München

Die mit Pomp und Gloria angesetzte Rede des Papstes im Deutschen Parlament hat ein Vorspiel. Am 17.9., also 5 Tage vor seinem Starauftritt im Bundestag, sollen alle Fernseher das Recht auf sein Wort zum Sonntag haben. Hier zeigt sich abermals unser hinkendes Verhältnis zwischen Staat und Religion, zementiert in unserem Medienrecht und potenziert durch das eigene Medienrecht der Amtskirchen.

Hat schon jemals ein Heide, Agnostiker, Jude oder Freidenker im Fernsehen und zur besten Sendezeit ein Wort zum Sonntag sagen dürfen? Dabei würde sich gerade der Sonntag für ein freies Wort aller anbieten, ist es doch der Tag des Sonnengottes römischer Tradition. Auf den hat sich die Catholica in der Mitte des 4. Jahrhunderts geschickt aufgepfropft, damit die Römer sich nicht an einen neuen Feiertag gewöhnen mussten, als der christliche Glaube Staatsreligion wurde. Aber er ist immer noch der Tag des Gottes Sol Invictus.

Hans Küng bringt es auf den Punkt, wenn er vehement die Auftritte des Papstes mit medialem Pomp anprangert, anstatt sich auf das Wort Gottes zu konzentrieren. So wie die Berliner in liebevoller Verniedlichung ihren Wowi, die Kölner ihren Poldi und die Münchner ihren Schweini haben, haben die Bayern ihren Ratzl und jetzt sogar ihren Papa Ratzl. Dem würden sie das Wort zum Sonntag gerne gönnen, übersehen aber dabei geflissentlich, dass hier neben dem 1 € pro Katholik (aus Kirchensteuern) noch deutsche Steuergelder von weit über 100 Mio. € für die Bevorzugung des höchsten, völlig undemokratischen Vertreters der Catholica verbrannt werden. Also auch alle Heiden – in Sicht der Catholica - müssen zahlen, ansonsten aber gefälligst „stad“ sein. In welcher Art von Demokratie leben wir?

Ca. 200 Millionen € werden jährlich aus öffentlichen Steuergeldern für kirchliche Sendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen ausgegeben, die dann bei der Lösung brennender sozialer Probleme fehlen. Eilfertigen TV-Redakteuren ist wieder einmal ein Coup von Meinungsfreiheit in einer Kategorie gelungen, die sie anderen Meinungsvertretern vorenthalten. Also alles rechtens! Und doch nicht richtig!

Nachdem der Deutsche Bundestag klarstellt, dass der Papst im Bundestag nur über grosse weltpolitische Themen sprechen wird, springen im jetzt die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zur Seite und lassen ihn im „Wort zum Sonntag“ bundesweit missionieren.

Leider besteht diese undemokratische Bevorzugung der Amtskirchen auch querbeet durch alle Parteien. Während einige Genossen der SPD aufmüpfen und prompt von der Parteispitze niedergebrüllt werden, schafft es der linke Politiker Ramelow sogar in das evangelische Sonntagsblatt (Nr. 27, 3.7.2011) mit seiner Befürwortung der Papstrede. Wer aber eine Religion bevorzugt, diskriminiert alle anderen. Und das ist zutiefst undemokratisch.

Pressereferenten: Georg Korfmacher, V.i.S.d.P., München, g.korfmacher@die-linke-laizismus.de, Jürgen Lohmüller, München, j.lohmueller@die-linke-laizismus.de
www.die-linke-laizismus.de